Hubschrauberlärm: Ministerpräsident Seehofer sichert Prüfung zu

Regierungsschef bittet um Geduld: „Hoher Aufwand“

Umfangreiches Verfahren – Antwortschreiben an Josef Göppel

ANSBACH (mhz) – Das bayerische Wirtschaftsministerium prüft derzeit, ob für die Ausweisung von Lärmschutzbereichen rund um den US-Stützpunkt Katterbach die rechtlichen Grundlagen vorhanden sind. Das hat jetzt Ministerpräsident Horst Seehofer an den Bundestagsabgeordneten Josef Göppel geschrieben. Dieser hatte sich Anfang Juli zu dem Thema an Seehofer gewandt.

Grundsätzlich könnten auch Helikopterstützpunkte unter das Fluglärmgesetz fallen, führt der Regierungschef aus. Mit der Prüfung, ob die Voraussetzungen dafür erfüllt seien, habe das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie bereits begonnen, versicherte Seehofer.

Allerdings beinhalte das Verfahren auch die Durchsicht umfangreicher Unterlagen, Pläne und Daten über die Flugbewegungen der vergangenen zehn Jahre. Diese Informationen müssten zunächst beim Flugplatzhalter und der Flugsicherung erhoben „und mit komplexen technischen Verfahren“ ausgewertet werden. Dies ziehe einen erheblichen Aufwand nach sich, erklärte der Ministerpräsident weiter; weshalb er Göppel um Verständnis bat, dass die Prüfung der Voraussetzungen für einen Erlass einer entsprechenden Rechtsverordnung „zwangsläufig eine gewisse Zeit“ in Anspruch nehme, im „Rahmen des Möglichen“ aber zügig voranschreite.

Seehofer erinnerte in seinem Schreiben auch daran, dass die Entscheidung für Katterbach als Hauptstandort der „12. Aviation-Brigade“ seinerzeit dem Wunsch der Armee entsprochen habe und von der Stadt mitgetragen worden sei. Sicher aber habe vor allem durch die Rückkehr der Einheiten aus dem Irak in den vergangenen Monaten die Lärmbelastung in und um Ansbach zugenommen.

Allerdings sei die Bayerische Staatsregierung für militärische Belange nicht zuständig. Diese oblägen dem Bundesverteidigungsministerium, mit dem die Staatskanzlei in Kontakt stehe. So sei das Ministerium dabei, zusammen mit dem Luftwaffenamt in Köln und den US-Streitkräften „Lösungen zu erarbeiten“. Auch deshalb sei die Tagung der örtlichen Fluglärmkommission auf Mitte September vorverlegt worden.

Fränkische Landeszeitung, 11.09.2009